

6. Die Schweiz.

Anf. Januar. Daß von der Bundesversammlung in ihrer letzten Session festgestellte Budget für 1883 zeigt 48,674,000 Fr. Einnahmen und 48,724,000 Fr. Ausgaben, also ein Defizit von 50,000 Fr. Um es zu beseitigen und in einen bei den wachsenden Ansprüchen an die Bundeskasse durchaus nötigen Überschuß zu verwandeln, soll die vom Bundesrat (s. 1882 3. Nov.) eingeleitete Reform d. h. Erhöhung des Zolltarifs dienen.

Mitte Januar. Die sog. englische Heilsarmee sucht ihre Thätigkeit auch auf Genf und später auch auf Neuenburg und Waadt auszudehnen. Ihr Treiben veranlaßt im Laufe des Jahres eine Reihe von Konflikten mit den Regierungen dieser Kantone.

22. Januar. (Zürich) ruft in der Nationalbahnangelegenheit die Intervention des Bundes an.

26. Februar. (Zürich.) Kantonsrat: spricht sich seinerseits mit 148 gegen 29 Stimmen gegen eine Wiedereinführung der Todesstrafe aus. Die allgemeine Volksabstimmung wird entscheiden.

5. März. Bundesrat: beschließt eine Botschaft an die Bundesversammlung mit dem Antrage, auf den Rückkauf der Eisenbahnen z. B. zu verzichten, dagegen die finanzielle Verwaltung der Bahnen einer gesetzlich geordneten staatlichen Aufsicht zu unterstellen.

Die Motive gehen dahin, daß das Anlagekapital der sämtlichen Bahnen zu hoch berechnet sei, und daß der Bund genötigt wäre, im Falle des Rückkaufes eine Reduktion von annähernd 85 Millionen Franken zu verlangen; daß die von den Bahnen im Durchschnitt der letzten zehn Jahre bezahlten Dividenden gegenüber dem wirklichen Ertrage ebenfalls als zu hoch erscheinen und daher für die Zukunft ein wesentlich geringerer Ertrag in Aussicht genommen werden müsse; daß bei dem durch die KonzeSSIONen vorgeschriebenen Rückkaufsverfahren und dem Mangel gesetzlicher Vorschriften über die Bestimmung der Rückkaufsumme jede Gewähr dafür mangelt, daß der Kaufpreis dem wirklichen Werte und Ertrage angemessen sein werde.“